

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächste Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

und

Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeklebt 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N. 33.

Dienstag, den 10. Februar

1880.

Holzauction auf Remser Revier.

Station Remse der Muldenthalbahn.

Im Rosenfeld'schen Gasthose zu Remse sollen
Freitag, den 20. Februar 1880,
von Vormittags 9 Uhr an

27 Stück	Kieferne Stämme	von 19—48 cm.	Mittensstärke,	
632 =	fichtene	= 10—38 =	=	
3 =	tannene	= 12—22 =	=	
1 =	Kieferner Klotz	von 27 cm. Oberst. und	4 m. Länge,	
160 =	fichtene Stangen	= 4 = Unterst. =	4 =	
790 =	=	= 5 =	= 4—7 =	
1240 =	=	= 6 =	= 5—8 =	
1525 =	=	= 7 =	= 6—9 =	
1495 =	=	= 8 =	= 6—10 =	

1260 Stück fichtene Stangen von 9 cm. Unterst. u. 7—12 m. Länge,
1560 = = = = 10—12 = = = 8—16 = =
295 = = = = 13—15 = = = 10—18 = =
23 Rmtr. eichene und erlene Brennscheite,
9 = Nadelholz dergleichen,
38 = = Brennrollen,
⁵/₁₀ Wellenhundert buchenes Reifig und
40³/₁₀ = Nadelholz dergleichen,
unter den im Termine bekannt gemacht werdenden Bedingungen und bei den Stämmen, Klößern und Stangen entweder gegen sofortige Bezahlung oder zum mindesten gegen Erlegung des fünften Theils der Erhebungssumme, bei allen übrigen Hölzern nur gegen sofortige volle Bezahlung meistbietend verkauft werden. Nähere Auskunft ertheilt Herr Revierförster Böschmann in Remse.

Fürstlich Schönburg'sche Forstverwaltung zu Remse.

*Waldenburg, 9. Februar 1880.

Culturkampfdebatten.

Zur Beurtheilung der auch ferner von der preussischen Regierung einzunehmenden Stellung im Streite gegen die katholische Hierarchie halten wir es für nöthig, die im preussischen Abgeordnetenhaus in der letzten Culturkampfdebatte und bereits von uns kurz erwähnten Rede des Cultusministers v. Puttkamer ausführlich hier wiederzugeben. Der Minister sagte:

„Es ist durchaus richtig, daß bei längerer Fortdauer unserer kirchenpolitischen Kämpfe die äußere Organisation der katholischen Kirche in Preußen zerstört werden muß (Hört! im Centrum) bis zu einem Grade, ähnlich derjenigen Zerstörung, die nach den Stürmen der großen Revolution über sie hereinbrach, Stürmen, aus denen einst die helfende Hand eines evangelischen Königs sie gerettet hat. Wenn die preussische Staatsregierung unter Zustimmung der Landesvertretung sich gezwungen gesehen hat, die Rechtsordnung ihres staatlichen Lebens mit gesetzlichen Schutzwehren zu umkleiden gegen nach ihrer Meinung unberechtigte Uebergriffe der katholischen Kirche; wenn sie ferner gezwungen gewesen ist, bei der fortschreitenden Schärfe der Gegensätze und der Lebhaftigkeit des Kampfes diese Vertheidigungsmittel zu verstärken; so hat sie doch niemals von der Hoffnung und dem Wunsch gelassen, daß einst eine Zeit eintreten möge, wo sie der Kampfmittel nicht mehr in dem alten Maße bedarf, wo der große Principienstreit in einem friedlichen Nebeneinanderleben von Kirche und Staat sein Ende finden würde. Die Regierung hat deshalb mit besonderer Befriedigung von der auf anderer Seite bemerkbaren Neigung Kenntniß genommen, den Versuch zu machen, die vorhandenen Gegensätze in einer ruhigen Erörterung auszugleichen. Wie weit dieser Versuch gedeihen ist, und vor allen Dingen über den Inhalt desselben, darüber werden Sie mir selbstverständlich jedes Wort erlassen. (Sehr richtig! rechts.) Eines aber werden Sie mit Befriedigung vernehmen, daß der Ausgleich, wenn er uns gelingt, nur stattfinden wird auf dem Boden der preussischen Landesgesetzgebung, und Sie werden in der dadurch verbürgten freien Mitwirkung der Landesvertretung hoffentlich die sichere Gewähr dafür finden, daß, wenn wir zum Ausgleich kommen, er bei aller Schonung und Rücksicht auf die kirchlichen Interessen und Bedürfnisse doch zum unverrückbaren Endziele die Rechte und Interessen der preussischen Monarchie haben muß. (Beifall.) Der Vorredner hat von seinem Standpunkte aus ganz correct natürlich alle Schuld auf die Seite des Staates gelegt; ihm ist die Kirche nur der unschuldig leidende Theil. (Sehr wahr! im Centrum.)

Die katholische Kirche glaubt und erklärt bei jeder Gelegenheit, im ausschließlichen und alleinigen Besitze der christlichen Wahrheit zu sein. So lange sie mit diesen Ansprüchen sich innerhalb ihrer legitimen Sphäre hält, diese Ansprüche ihren Anhängern gegenüber mit deren Einwilligung macht, so hat der Staat nichts hineinzureden; wenn aber die katholische Kirche über diesen innerkirchlichen Interessentkreis hinaustritt, sei es in das unbeschränkte Alleingebiet des Staates oder auch nur in das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche — und sie hat dies unzweifelhaft in den allbekanntesten Rundgebungen der letzten Jahre gethan —: dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn kein Culturstaat das Herantreten solcher Ansprüche ohne Abwehr verträgt, am allerwenigsten unser Staat, dessen ganze historische Entwicklung, dessen Ursprung jedenfalls nicht im katholischen Gedanken liegt, dessen Dynastie seit Jahrhunderten der Hört der Duldung und Gewissensfreiheit gewesen ist (Sehr wahr!) und dessen Einwohner zu zwei Dritteln einem Glaubensbekenntnisse angehören, welches die ausschließlich göttliche Mission der katholischen Kirche nicht anerkennt. (Sehr wahr!) Im Centrum sitzt eine durch Einheit des Principis und das Geschick ihrer Führer starke Partei. Ich maße mir nicht an, Sie zu bitten, sich einmal die Frage vorzulegen, ob sie denn ihren großen Einfluß im parlamentarischen Leben immer in dem Sinn und nach der Richtung ausgeübt hat, daß der Wunsch des Staates, sich mit ihr zu verständigen, dadurch in sehr hohem Maße bestärkt worden ist. Eines werden sie anerkennen müssen: wenn sie unentwegt auf der Durchführung Ihrer Principien dem Staate gegenüber beharren, sind Sie in Preußen zu einer immerwährenden Minorität verurtheilt; denn in dem Dilemma, in welches Sie den Staat durch Geltendmachung ihrer Principien drängen, müssen Sie nothwendigerweise die ganze übrige Nation von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu Ihrem Gegner haben. Es ist in einem Staate wie Preußen keine irgend wie denkbare politische Constellation möglich, bei welcher die Bestrebungen, welche direct oder indirect, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich darauf gerichtet sind, in dem wichtigsten Gebiete des Staatslebens eine auswärtige Macht an die Stelle unserer geordneten Staatsgewalten zu setzen (Unruhe im Centrum, sehr wahr!) irgendwie Aussicht auf Anerkennung haben. Ich mußte dies sagen, weil der Abgeordnete Windthorst trotz der großen formalen Mäßigung der Sprüche seine alten unveränderten Principien mir gegenüber ausgesprochen hat. Ob wir zu dem uns allen am Herzen liegenden, von mir persönlich heiß ersehnten Frieden gelangen werden, das ist eine Frage, die in den Herzen ungezählter Millionen im preussischen Vaterlande brennt.

Man löscht ein Feuer nicht, wenn man fortwährend hineinbläst. Die principiellen Streitigkeiten haben uns bis jetzt nicht weiter geführt; wir sollten doch endlich einmal den Principienstreit begraben und den Boden der Thatfachen betreten; ich glaube mir das Zeugniß geben zu können, daß ich guten Willen zur Herbeiführung des friedlichen Nebeneinanderlebens gezeigt habe. Die einzelnen Parteien sollten sich bei allen Dingen nicht fragen: vergeben wir unseren Principien nichts? sondern: wie weit können wir dem Gegner entgegenkommen, ohne unsere vitalen Interessen zu verletzen? Das ist die richtige Auffassung im parlamentarischen Leben, die ich aufrecht zu erhalten versuchen werde, und ich hoffe, daß dies auch von anderer Seite geschieht.“
Am Tage vorher hatte Herr v. Puttkamer eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler, es läßt sich demnach erwarten, daß Hr. v. Puttkamer in voller Uebereinstimmung mit Bismarck gesprochen hat.

*Waldenburg, 9. Februar 1880.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Dem Bundesrath ist jetzt der Gesammtetat für das Jahr 1880/81 zugegangen. Die Gesammtausgabe beziffert sich auf 544,888,184 M., nämlich auf 467,409,487 M. an fortdauernden und auf 77,478,697 M. an einmaligen Ausgaben. Im Vorjahr betragen die Ausgaben 545,815,437 M., also 927,253 M. mehr. Die Einnahmen bedürfen zur Deckung der Ausgaben einer Verstärkung durch Matrikularbeiträge in Höhe von 97,164,929 M.

Die Bundesrathsausschüsse für Landheer und Festungen und für Rechnungswesen haben am 6. d. die Beratung über die Vorlage betr. die Ergänzung und Vermehrung des Reichsheeres begonnen. Die Vorlage soll dem Reichstage möglichst bald zugehen.

Der bayerische Landtag hat eine Abänderung des Polizeigesetzes über das Spielen in auswärtigen Lotterien angenommen und dabei Haftstrafen für zulässig erklärt.

Oesterreich.

Bezüglich der Ministerkrisis versichert das „Fremdenblatt“ auf Grund zuverlässiger Informationen, daß bis jetzt kein Mitglied des Cabinets seine Demission gegeben und die Ernennung eines neuen Unterrichtsministers bis jetzt nicht erfolgt sei.

Nach einem Londoner Telegramm der „Neuen freien Presse“ ist die in Irland weilende Kaiserin von Oesterreich nur mit knapper Noth einem schweren Unfall entgangen; auf einem Jagdritt stürzte sie mit ihrem Pferde „Domino“. Die Kaiserin kam